

Deutscher Bundestag, Fragestunde 14.01.15

Frage Nr. 26 von Dr. André Hahn, MdB (DIE LINKE), Drucksache 18/3710:

In welcher Weise unterstützt die Bundesregierung mit Blick auf die Rede des Bundesministers des Innern, Dr. Thomas de Maizière, auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes am 6. Dezember 2014 in Dresden – Olympiabewerbung von Deutschland für Deutschland – die Bewerbung von Berlin bzw. Hamburg für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 und 2028 und bei Zuschlag durch das Internationale Olympische Komitee auch die Organisation und Durchführung dieser Sportgroßveranstaltungen – bitte im Einzelnen die bereits beschlossenen und geplanten Aktivitäten und die dafür vorgesehenen Bundesmittel nennen?

Antwort des Parl. Staatssekretärs Dr. Günter Krings:

Eine Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland wird durch die Bundesregierung grundsätzlich begrüßt. Der Bundesinnenminister hat dies unlängst deutlich zum Ausdruck gebracht. Allerdings steht bislang eine nationale Kandidatenstadt noch nicht fest.

Am 21. März 2015 plant der Deutsche Olympische Sportbund eine außerordentliche Mitgliederversammlung zur Entscheidung über eine nationale Bewerberstadt. Erst nach dieser Entscheidung kann ein Prozess zur weiteren Spezifizierung der Planungen einschließlich der Kostenansätze erfolgen. Bund, Land und Kommunen betrachten eine Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele dabei als gemeinsames Anliegen.

Die Frage der Finanzierung sowohl der Bewerbung wie auch der Durchführung möglicher Olympischer und Paralympischer Spiele im Jahr 2024, gegebenenfalls im Jahr 2028, ist auch abhängig von weiteren Planungen der möglichen Bewerberstädte, die sich insbesondere aus den bislang noch nicht bekannten konkreten Anforderungen des Internationalen Olympischen Komitees, IOC, für das Bewerbungsverfahren 2024 ergeben werden. In diesem Zusammenhang muss auf Basis der konkreten Anforderungen durch das IOC durch die Beteiligten auch geprüft werden, in welchem Umfang die Beschlüsse der IOC-Vollversammlung vom 8. und 9. Dezember 2014 zur „Olympischen Agenda 2020“ auch tatsächlich Eingang gefunden haben. Hiervon wird der weitere Entscheidungsprozess zur Bewerbung abhängen.